

RWE

## Ein Irrsinn



Manfred Schermer

Es war im Sommer 2010, als die Welt noch in Ordnung war. Da ging Angela Merkel noch auf „Energierreise“ zu den Energieriesen und trank ein Gläschen mit manch einem Herrn, den sie heute wohl am liebsten in einem Endlager versenkt sähe. So im August im Atomkraftwerk Emsland bei Lingen, wo sie dem damaligen RWE-Chef Jürgen Großmann zuprostete. „Fachlich 10 bis 15 Jahre ist vernünftig“, sprach sie dann – nicht auf

die Dauer ihrer neuen Freundschaft bezogen, sondern auf die von Schwarz-Gelb angekündigte Verlängerung der Atomlaufzeiten. Bei RWE glaubte man ihr – und strahlte. Allenfalls die geplante Brennelementesteuer sorgte noch für etwas Magengrimmen. Probleme waren das damals ...

Doch dann kam Fukushima – und die Kanzlerin mutierte von der kernigen Gegenreformatorenin des rot-grünen Atomausstiegs zur atomaren Bedrohung für die Stromkonzerne. Nach Jahrzehnten auf der Sonnenseite des Lobbyismus mussten selbst die Giganten feststellen, dass auf Dauer jeder verlassen ist, der sich auf die Politik verlässt. Zumal Merckels doppeltem Ausstiegs-Rittberger ein zur „Energiewende“ erklärter Aktionismus folgte, der an Dilettantismus und Kurzsichtigkeit kaum zu übertreffen ist. Die Folge für RWE: der erste Verlust der Nachkriegszeit.

Der große Makel am „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ ist, dass es elementarste Regeln des Marktes verletzt: Da wird von Konzernen verlangt, konventionellen, weil verlässlichen Strom vorzuhalten und – chancenlos gegen geförderten Ökostrom – an der Strombörse feilzubieten, auch wenn sie dabei draufzahlen. Ein Irrsinn. Recht hat also RWE-Chef Peter Terium, wenn er dafür Ausgleich verlangt – und diesen nicht als Subvention missverstanden wissen will.

Dass dieser planwirtschaftliche Unfug nicht von Ökoträumern, sondern von einer bürgerlichen Regierung mit einer liberalen (!) Partei an Bord umgesetzt wurde, macht sprachlos. Auch angesichts der unkalkulierbaren Folgen dieser und anderer Fehlentscheidungen der Politik, die zulasten der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes gehen: Just gestern warnte Gesamtmetall-Präsident Rainer Dulger, die Investitionen innerhalb Deutschlands lägen oft unter den Abschreibungen – und wertete dies als „erste Anzeichen für Deindustrialisierung“.